

Noch könne man glücklicherweise verhindern, die Strafzinsen der EZB auch an die Sparer weiterzugeben. Dafür müsse man jedoch die eine oder andere Gebühr erhöhen, die Zeiten des kostenlosen Girokontos seien nun einmal vorbei. So oder so ähnlich diktieren es die PR-Abteilungen der Banken im Monatstakt den Finanzjournalisten in den Block. Oberflächlich klingt das ja auch alles plausibel. Die EZB erhebt tatsächlich „Strafzinsen“ auf die Einlagen der Banken. Die allermeisten Deutschen würden jedoch mit einer Umlage dieser „Strafzinsen“ durch ihre Banken wesentlich besser fahren als mit einer Gebührenerhöhung auf breiter Front. Unsolidarisch sind Gebührenerhöhungen auch. Solidarisch wäre es, die Kosten nach dem Verursacherprinzip zu verteilen und Negativzinsen auf Spareinlagen zu erheben. Von **Jens Berger**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/170316_Gebuehrenerhoehungen_statt_Negativzinsen_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Heutzutage hat man ja schon fast ein schlechtes Gewissen, wenn man seine Ersparnisse zur Bank bringt. Schließlich müssen die „armen Banken“ ja „Strafzinsen“ zahlen, was die Finanzredaktionen der großen Zeitungen ja nun bereits seit dem Sommer 2014 bejammern. Man kann sich vortrefflich über Sinn und Unsinn eines negativen Zinssatzes auf die Einlagenfazilität der EZB auslassen. Interessanter ist jedoch die Frage, ob und in welcher Höhe die normalen Kundeneinlagen den Banken tatsächlich Kosten verursachen. Da die Bilanzen internationaler Großbanken sehr unübersichtlich sind und mit dem normalen Kundengeschäft nur sehr wenig zu tun haben, bietet sich hier ein Blick auf die Zahlen der Genossenschaftsbanken an.

Eine Umlage der Strafzinsen wäre für die Kunden kein Problem

Die Volks- und Raiffeisenbanken hatten zusammen mit dem Rest der Branche [im letzten Jahr Kundeneinlagen](#) in Höhe von 637 Milliarden Euro. Gleichzeitig konnten sie 528 Milliarden Euro an Krediten vergeben. Der sogenannte Einlagenüberhang beträgt also rund 109 Milliarden Euro. Würde dieser Überhang das gesamte Jahr bei der EZB zum „Strafzinssatz“ von 0,4% geparkt, würde dies die Genossenschaftsbanken 436 Millionen Euro kosten. Das entspricht 0,068% der gesamten Kundeneinlagen. **Die Genossenschaftsbanken könnten also die Kosten für die „Strafzinsen“ ausgleichen, wenn sie einen Negativzins von 0,07% einführen würden. Für Kunden, die**

durchschnittlich 5.000 Euro als Sichteinlagen auf ihrem Konto haben[*], wären dies rund 30 Cent pro Monat bzw. 3,50 Euro pro Jahr. Dafür kriegt man bei der Targobank eine einzige Bargeldauszahlung am Schalter. Und selbst Kunden mit höheren Sichteinlagen müssen schon sehr viel ansparen, um bei diesem Modell Kosten zu verursachen, die beispielsweise denen der jährlichen Gebühren für eine goldene Kreditkarte bei den meisten Instituten entsprechen. **Die Banken könnten also die „Strafzinsen“ auf ihre Kunden umlegen, ohne dass Klein- oder Normalsparer dadurch einen großen Nachteil hätten.**

Stattdessen drehen die Banken an der Gebührenschraube

Die Zahl der Banken, die die negativen Zinsen auf die Sichteinlagen ihrer Kunden umlegen, lassen sich in Deutschland jedoch an einer Hand abzählen. So nimmt die [Skatbank Altenburg](#) beispielsweise von ihren Kunden ab einem Sparvolumen von mehr als einer Million Euro einen Strafzins von 0,4%. Darüber [regte sich die Medienlandschaft auf](#). Aber wie viele Kunden haben schon mehr als eine Million Euro Einlagen bei einer einzigen Bank? Da dürfte die Zahl der Kunden, die sich darüber freuen, dass die Skatbank auch ein Konto [anbietet](#), bei dem im Rahmen des Dispokredits keine Zinsen anfallen, bedeutend größer sein. Es ist schon erstaunlich. Deutschland zerbricht sich wieder einmal den Kopf der Reichen und ist froh, wenn diese geschont werden. Dafür zahlt man dann auch gerne die Zeche.

Es gibt fast keine Bank, die in den letzten Jahren nicht radikal an der Gebührenschraube gedreht hat. Mal werden die Kontenmodelle umgestellt, so dass die Kunden nun für Dienstleistungen zahlen, die vorher kostenfrei waren – wie z.B. das Einzahlen oder Abheben von Bargeld, Überweisungen am Schalter oder am SB-Automaten, Kontoauszüge, die EC-Karte oder die Kreditkarte. Die Phantasie kennt dabei keine Grenzen. So verlangen einige Banken eine „[Bereitstellungsgebühr](#)“ für einen Dispokredit, selbst wenn dieser gar nicht in Anspruch genommen wird. Andere Banken nehmen Gebühren, wenn man Bargeld auf das eigene Konto einzahlt. Die Strategie dahinter: Wegen eher geringer Mehrkosten werden die meisten Kunden schon nicht ihr Konto wechseln.

Es handelt sich jedoch nicht immer um Kleinstbeträge und auch die ergeben am Ende addiert oft eine stolze Summe. So haben zahlreiche Banken ihre monatlichen Kontoführungsgebühren um bis zu 7,90 Euro erhöht und nehmen nun bis zu 14,90 Euro pro Monat. Früher kostenlose EC-Karten schlagen nun oft mit 10 Euro pro Jahr, Kreditkarten – je nach Verfügungsrahmen – mit 30 bis 85 Euro pro Jahr zu Buche. Und so summieren sich die verschiedenen Positionen, bis am Ende ein meist dreistelliger Betrag herauskommt. Und dies wird dann mit den „Strafzinsen“ begründet, die (s.o.) bei realistischer Bemessung für

einen Normalsparer 3,50 Euro pro Jahr mehr kosten sollten.

Schon beinahe zynisch ist, dass diese Kostenlawine oft auch noch mit einer solidarischen Argumentation begründet wird. So pocht die sozial-ökologische GLS-Bank darauf, die steigenden Kosten „gemeinsam“ zu schultern. Dafür erhöhte sie dann die Kosten für zahlreiche Einzelposten und führte einen „GLS-Beitrag“ in Höhe von 60 Euro pro Jahr ein ... was auch nur eine verdeckte Erhöhung der Kontoführungsgebühren ist, die bei diesem Institut ohnehin schon bis zu 14,50 Euro pro Monat betragen. Die Frage: Was ist daran solidarisch, wenn man zusätzliche Kosten nach dem Gießkannenprinzip auf alle Kunden verteilt? Die Einführung eines Negativzinses würde die Kosten nach dem Verursacherprinzip den wohlhabenden Kunden zuweisen, die durch ihre hohen Spareinlagen diese Kosten verursachen. Das wäre solidarisch! Aber wahrscheinlich trauen sich selbst sozial-ökologische Banken wie die GLS heutzutage nicht mehr, die wohlhabende Kundschaft adäquat zur Kasse zu bitten. Das ist aus PR-Sicht verständlich. Jede größere Bank, die heute negative Einlagenzinsen für Privatkunden einführen würde, müsste mit einem medialen Sturm der Entrüstung rechnen. Aus Angst vor einer „schleichenden Enteignung“ (bei 3,50 Euro Zinslast pro Jahr) würde Oma Erna dann ihren Spargroschen zur Konkurrenz bringen. Die ist ja kostenlos! Ok, das kostenlose Girokonto der Konkurrenz ist nur dann kostenlos, wenn Oma Erna mehr als 3.000 Euro Gehaltseingang pro Monat vorweisen kann und ausschließlich Onlinebanking betreibt. Jeder Kontakt mit echten Menschen ist vor allem bei diesen Banken richtig teuer. Außerdem sollte Oma Erna kostenlos nicht mit grundgebührenfrei verwechseln. Umsonst ist nur der Tod und der kostet bekanntlich das Leben.

Arme Banken? Nur kein falsches Mitleid

Nach einer Studie der Beratungsgesellschaft [AT Kearney](#) beträgt der durchschnittliche Ertrag im deutschen Bankfilialgeschäft pro Kunde 533 Euro pro Jahr. Und dies gilt in der Branche im Vergleich zum Ausland als ertragsarm. Besonders ertragsstark sind dabei die Geschäfte, die eigentlich gar nichts mit der normalen Kontoführung zu tun haben. So sind die Kredite der Filialbanken für ihre Hauskunden in der Regel deutlich teurer als vergleichbare Angebote auf dem Markt. Ein besonderes Zubrot ist dabei auch die Vermittlung von Finanzprodukten und Versicherungen, mit denen zahlreiche Banken ihre Kunden regelmäßig belästigen. Richtig ist jedoch auch, dass diese Produkte seltener nachgefragt werden. Einerseits haben die Kunden seit der Finanzkrise eine gesunde Skepsis bei seltsamen synthetischen Finanzprodukten und andererseits sind „sichere“ Finanzprodukte wie Lebensversicherungen oder Rentenfonds oft so ertragsschwach, dass es sich nicht lohnt, dafür das Geld so lange an ein bestimmtes Produkt zu binden. All dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese „Nebengeschäfte“

nach wie vor sehr profitabel für die Banken sind.

Man sollte dem Gejammer der Banken also nicht auf den Leim gehen. Sicher, die großen Zockerbuden á la Deutsche Bank und Commerzbank müssen momentan kräftig bluten. Das liegt aber sicher nicht an den Strafzinsen, sondern daran, dass diese Banken im internationalen Finanzcasino auf die falschen Zahlen gesetzt haben. Seriösere Banken stehen ganz im Gegenteil heute prächtiger denn je da. Niedrigzinsumfeld hin, Strafzinsen her.

So konnten die genossenschaftlichen Banken ihren Jahresgewinn im letzten Jahr auf 1,7 Milliarden Euro steigern. Die Sparkassen meldeten sogar 2,0 Milliarden Euro Gewinn – beides selbstverständlich nach Steuern, Abschreibungen und Zinsen. Das Jammern findet also auf sehr hohem Niveau statt. Es sind auch nicht die „Strafzinsen“, die den Banken Kopfschmerzen bereiten. Problematischer ist vielmehr der Trend zur fallenden Zinsmarge. Die Differenz zwischen dem Einlagenzins und dem Zins, der für Kredite realisierbar ist, hat sich nach Auskunft der Banken in den letzten zehn Jahren nahezu halbiert. Inwieweit diese Angaben realistisch sind, lässt sich freilich ohne Blick in die Bücher schwer beurteilen. Wie dem auch sei; eine Abhilfe wäre in dieser Lage auf jeden Fall eine Ausweitung der Kreditnachfrage. Nur woher soll die Nachfrage denn kommen? Ganz Europa befindet sich im Austeritätswahn und das drückt natürlich die Investitionen und wenn die Investitionen sinken, wird die Kreditnachfrage sicherlich nicht steigen. Das ist eigentlich ganz simpel. Vielleicht zu simpel, als dass es irgendwann in Berlin und Brüssel verstanden wird. Bis dahin werden wir noch zahlreiche Debatten führen, wer denn nun die Kosten für das Schlamassel tragen muss.

[<<*] Dies entspricht dem Median der Nettofinanzvermögen pro deutschem Haushalt

